

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903**

9.1.1903 (No. 8)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 9. Januar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Pettzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezenfionsexemplare werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

N<sup>o</sup> 8.

1903.

## Amthlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Veiblakai Theodor Straub und dem Reitknecht Rudolf Holl im Dienste Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Maximilian die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen von Seiner Königlichen Hoheit dem Fürsten von Hohenzollern verliehenen silbernen Verdienstmedaille des Fürstlich Hohenzollernschen Hausordens zu erteilen.

Durch Entschliegung der Steuerdirektion vom 5. Dezember 1902 wurde Steuerkommissärsassistent Robert Laubert bei dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Heidelberg-Land zu dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Heidelberg-Stadt versetzt.

Durch Entschliegung der Steuerdirektion wurde Steuerkommissärsassistent Josef Feger in Konfianz in gleicher Eigenschaft zu dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Mannheim-Stadt versetzt.

## Nicht-Amthlicher Teil.

### \* Reichstag und Reichsfinanzen.

Die jetzt veröffentlichten Etats der verschiedenen Reichsverwaltungen kennzeichnen die ungünstige Finanzlage des Reichs insofern in besonderem Maße, als sie erkennen lassen, daß bei Bemessung der Mehrausgaben bereits auf die Unzulänglichkeit der ordentlichen Einnahmen geblührende Rücksicht genommen ist. Eine wesentliche Verbesserung der Bilanz des Reichshaushaltetats dürfte sich daher schwerlich durch Abstriche herbeiführen lassen, ohne dringenden Bedürfnissen die Befriedigung zu versagen. Zur Würdigung des Fehlbetrages an ordentlichen Einnahmen gegenüber dem auf sie angewiesenen Ausgabebedarf, darf nicht unbeachtet bleiben, daß die Finanzierung der Durchführung des Flottenbauplans abweichend von den Vorschlägen der Regierung durch den Reichstag aus eigener Initiative so, wie sie jetzt ist, festgestellt wurde. Der Grundgedanke dieses Finanzplanes war bekanntlich der, daß ein beträchtlicher Teil der Kosten für Schiffneubauten, 6 Proz. des jeweiligen Kapitalwertes der Flotte sowie die sämtlichen Ausrüstungs- und Bewaffnungskosten für die neuen Schiffe aus ordentlichen Mitteln zu bestreiten sind und nur der Rest aus Anleihen zuzudecken ist. Zur Deckung des Mehrbedarfs für die Flotte ist dann eine Reihe von neuen Steuern gleichfalls aus der Initiative des Reichstags heraus eingeführt worden, von denen indessen gerade diejenige, von welcher der meiste Ertrag erhofft wurde, die Erhöhung der Börsensteuer, gänzlich verlagert hat. Diese Erhöhung hat zwar die Börsengeschäfte erheblich belastet und einen Teil des Börsenverkehrs ins Ausland gedrängt, aber nicht zu einer Vermehrung, sondern zu einer Verminderung des Ertrags geführt. Hier ist also in dem vom Reichstage selbst entworfenen Plane der Finanzierung des Ausbaus der Flotte eine klaffende Lücke entstanden, deren Ausfüllung wiederum demnach Sache des Reichstags sein wird. Nebenbei liegen die Verhältnisse in bezug auf die Mehreinnahmen aus den in Aussicht stehenden Erhöhungen der Schutzzölle. Auch hier hat der Reichstag eingegriffen, indem auf seine Initiative hin der Mehrertrag aus einem beträchtlichen Teile der landwirtschaftlichen Zölle der Verwendung im Reichshaushalt entzogen wurde. Noch läßt sich naturgemäß auch nicht annähernd übersehen, wie hoch der für den Reichshaushaltetats verfügbare Mehrertrag aus dem neuen Zolltarif sein wird. Wenn dieser aber infolge des Vorgehens des Reichstags nicht zur dauernden Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben ausreicht, so wird sich der Reichstag nicht der Verpflichtung entziehen können, zur Ausfüllung der durch seine eigenen Beschlüsse in den Einnahmen des Reiches entstandenen Lücke mitzuwirken.

### Die badische Landwirtschaft.

I.

SRK. Noch vor Jahresluß ist eine Schrift erschienen, welche die verschiedenen wertvollen Arbeiten über die badische Landwirtschaft, wie sie namentlich auch aus der Feder unseres Finanzministers Dr. Buchenberger

gefloßen sind, in zweifelhafte Weise ergänzt und so wohl den vorhandenen reichen, aber außerordentlich zerstreuten, als auch völlig neu gewonnenen Stoff in ein wirkungsvolles Gesamtbild vereinigt: Wir meinen die von der Universität Freiburg i. Br. gekrönte Preisschrift: „Die badische Landwirtschaft am Anfang des XX. Jahrhunderts“, von Dr. M. Gocht, Regierungsassessor beim Großh. Statistischen Landesamt. Der Verfasser ist, wie er selbst in der Vorrede hervorhebt, als Sohn eines evangelischen Geistlichen auf dem Lande groß geworden und von einem warmen Zug der Liebe zum Landvolk erfüllt, der denn auch tatsächlich auf jeder Seite seiner Arbeit hervortritt. Ebenso läßt sich aber auch in jedem einzelnen Kapitel der wissenschaftliche Statistiker von Fach erkennen, unter dessen Händen die trockenen statistischen Zahlen Leben und Sprache gewinnen und der auch die Fehlerquellen gerade der landwirtschaftlichen Statistik zugut kennt, um sich durch angebliche statistische Ergebnisse in seinem stets sachlich eingehend begründeten Urteil blenden zu lassen.

Die Schrift selbst ist ohne jeden politischen Zweck und auch nur Nebengedanken geschrieben; sie will nichts sein, als eine rein sachliche wirtschaftlich-statistische Studie über die besonderen Verhältnisse unserer badischen Landwirtschaft, die sich dank der selbst innerhalb unseres Landes außerordentlich verschiedenen natürlichen Voraussetzungen durch ihren Kleinbetrieb und Kleinbetrieb wesentlich von denjenigen anderer deutschen Staaten, namentlich aber des ganzen deutschen Nordens, unterscheidet. Man könnte sogar sagen, daß sie etwas zu ausschließlich den landwirtschaftlich-agrarischen Standpunkt betont. Trotzdem wird die Schrift von den verschiedenen politischen Parteienstandpunkten aus wohl auch in verschiedener Richtung ausgebaut werden. Sie selbst enthält sich, wie bereits erwähnt, einer politischen Stellungnahme; es war aber kaum zu vermeiden, doch in einigen Bemerkungen auf die augenblicklichen agrarpolitischen Kämpfe hinzuweisen, zu deren Beurteilung die Schrift teilweise auch neues Material beibringt.

Inbesondere kommt in dieser Beziehung die einen breiten Raum einnehmende Darstellung der Verhältnisse des badischen Getreidebaus in Betracht. Die Schrift legt nämlich ziffernmäßig dar, daß der Getreidebau in Baden im Vergleich zu dem anderer Länder mehr in den Hintergrund tritt. Auf Baden kommen 2,4 Proz. der gesamten Anbaufläche des Reichs; während aber sein Anteil an der Tabakanbaufläche fast 42 Proz., an Eichorie 15 Proz., an Wein 14 Proz. beträgt, stellt sich der des Getreideanbaus auf nur 1,88 Proz., also geringer als sein prozentualer Flächenanteil! Trotzdem entfallen in Baden noch durchschnittlich 53 Proz. des Ackerbaus auf den Getreidebau; auch wird in fast jedem landwirtschaftlichen Betrieb, mag er auch sonst vorwiegend Handelsgewächse erzeugen, mehr oder weniger Getreide gebaut, so daß er am Getreidebau mit interessiert ist. Diese letztere Tatsache weist der Verfasser durch eine im Jahre 1902 veranstaltete statistische Erhebung nach, bei der es sich ergeben hat, daß 83,4 Proz. aller landwirtschaftlichen Betriebe Brotgetreide bauen. Scheidet man aus den letzteren diejenigen mit unter 20 Ar Gelände aus, die ja vorwiegend oder fast ausschließlich nur Nutzgärten darstellen, so steigt der Anteil der getreidebauenden Betriebe sogar auf 90 Proz. Im großen und ganzen läßt sich also sagen, daß Inhaber einer landwirtschaftlichen Fläche von etwa 40 Ar anfangen Getreide zu bauen. Als Gründe für diese immerhin auffallende Erscheinung werden angegeben: die Unmöglichkeit dauernden Handelsgewächses- oder Gemüosebbaus auf derselben Fläche; der Neben Zweck der Erzeugung von Stroh als Stallfütterung und das Bestreben sowohl der Landwirte, als namentlich der in Baden vielfach grundbesitzenden Fabrikarbeiter, einen Bruchteil ihres Brotbedarfs durch Selbstbau von Getreide zu decken.

### Die nationalliberale Reichstagsfraktion und der Zolltarif.

□ Mannheim, 7. Januar.

Herr Reichstagsabgeordneter Wassermann hielt in der heute stattgefundenen Versammlung der Mannheimer nationalliberalen Vereins eine Rede über die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Redner begründete seinen Vortrag mit dem Bedürfnis einer eingehenden Berichterstattung angesichts der Wichtigkeit des Zolltarifs.

Das Ziel der nationalliberalen Partei war, so führte Herr Wassermann aus, in den letzten Jahren auf einen neuen, die widerstreitenden Interessen der einzelnen Berufsstände ausgleichenden Zolltarif gerichtet, der die Basis bildet zum Abschluß neuer Handelsverträge, unter besserer Berücksichtigung der Landwirtschaft und vieler Wünsche der Industrie. Die Notwendigkeit eines neuen Tarifs wurde schon von Herrn v. Marschall bei der Verabschiedung der Casprischen Handelsverträge ausdrücklich betont. Bereits in der Kommission hat die Obstruktion der Sozialdemokraten begonnen; sie wurde fortgesetzt, trotz der Warnung freisinniger und demokratischer Organe. Man verlangte überall Zollfreiheit, obwohl Graf Kobrowski darauf hinwies, daß dann im Auslande kein Mensch daran denke, mit uns überhaupt Handelsvertragsverhandlungen anzuknüpfen. Die Stellung des nationalliberalen Delegiertentages in Eisenach zu dem Zolltarif war eine nahezu einmütige. Gegen wenige Stimmen stellte man sich auf den Boden der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Minimalzölle. Die große Bedeutung der Eisenacher Beschlüsse liegt darin, daß die nationalliberale Partei zum ersten Male seit Jahren nahezu einmütig in einer großen wirtschaftlichen Frage einen Beschluß faßte. Niemand hat ursprünglich an eine Erledigung des Tarifes vor Neujahr gedacht. Da häuften sich die Anfeindungen der Obstruktion; Bebel stellt 700 namentliche Abstimmungen in Aussicht. Hieraus ging klar hervor, daß man mit allen Mitteln das Zustandekommen des Zolltarifs verhindern wollte. Das Zentrum und die Konservativen legten sich bezüglich der Minimalzölle auf die Kommissionsbeschlüsse fest und die Aussichten auf eine Verabschiedung des Zolltarifs waren nahezu geschwunden. Die schwere Krise des Parlamentarismus, der Versuch, die Mehrheit zu vergewaltigen und zu erhöhen, gab dem Gedanken immer weiteren Raum, daß es notwendig sei, zunächst eine Einigung herbeizuführen, um dann den Widerstand der Sozialdemokratie zu brechen. Am 22. und 25. November fanden unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Beratungen statt. Die Reichsregierung blieb fest und erklärte sich nur bereit, eine Differenzierung der Brauersteuern vorzunehmen und den Minimalzoll für Brauersteuern um eine Mark zu erhöhen. Die Konservativen und das Zentrum hielten zunächst an ihrem Standpunkt fest. Von den verschiedensten Seiten wurde aber darauf hingewiesen, daß die Wichtigkeit des Zolltarifs zurücktrete vor der Frage: „Wer ist Herr im Deutschen Reiche?“ Mehr und mehr kam man zu der Ueberzeugung, daß der sozialdemokratische Terrorismus eine schwere innere Krise hervorzurufen müsse. Unter dem Druck dieser Situation gaben das Zentrum und die Konservativen nach und es erfolgte am 26. November die Einigung auf Grund der Regierungsvorlage unter der Bedingung, daß 15 Eisenzollpositionen im Tarif herabgesetzt werden. Redner bespricht sodann die Zulässigkeit des Antrags Kardorff. Es hätten verschiedene Wege offen gestanden. Man konnte die Geschäftsordnung ändern und eine En bloc-Akklamation auf Antrag von 200 Mitgliedern zulassen, und man konnte die Abstimmung abteilungsweise nach Abschnitten durch eine Aenderung der Geschäftsordnung für zulässig erklären. Der letztere Weg erschien bedenklich wegen zukünftiger Vorlagen. Der Antrag Kardorff war nach den Vorgängen des Jahres 1879 und 1885 zweifellos zulässig. Von einem Bruch der Geschäftsordnung kann nicht die Rede sein. Zweifellos hat der Reichstag das Recht der authentischen Interpretation der Geschäftsordnung. Der Verfasser der seitherigen Geschäftsordnung habe dieselbe nicht auf das Gebahren der Sozialdemokratie zugeschnitten. Der Antrag Richthofen war notwendig, um die Hunderte und mehr namentlichen Abstimmungen abzukürzen. Die Sozialdemokraten wußten eine sachliche Verhandlung dadurch, daß sie sich fortgesetzt zur Geschäftsordnung meldeten, vollständig zu verhindern. Der Antrag Gröber-Wassermann war eine energische Maßregel, welche durch die Gesamtlage notwendig wurde. In einem anderen Punkte besteht noch heute eine Lücke. Der Abg. Singer hat trotz Ausweises aus der Sitzung den Saal nicht verlassen und dadurch als Präsident der Geschäftsordnungskommission bewiesen, daß die Geschäftsordnung den Reichstagspräsidenten im Stiche läßt. Die Geschäftsordnung anderer Länder, wie Frankreichs, Englands, gibt dem Präsidenten ganz andere Machtmittel und läßt die gewaltsame Entfernungen eines renitenten Abgeordneten zu. Die freisinnige Vereinigung beteiligte sich an der Obstruktion. Sie hat dadurch eine große Schuld auf sich geladen, weil ohne diese Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager die Sozialdemokratie es wohl kaum bis zum äußersten gediehen hätte. Anders verhielt sich die freisinnige Volkspartei. Sie hat schon in Wiesbaden, als Gründer die sozialdemokratischen Konsumvereine aus dem Verbande entfernt, den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgenommen. Nichter hat die Gefährdung des Parlamentarismus klar erkannt, er war angewidert von den Kadavertönen und Beschimpfungen. Die Sozialdemokratie hat sich auch in diesem Kampfe als die freisinnigste Partei im Reiche erwiesen. Was die Haltung der nationalliberalen Fraktion anbelangt, so kann von einem Unfall nicht gesprochen werden, da im großen ganzen die Regierungsvorlage angenommen worden ist. Es ist, so fuhr der Redner fort, gesagt worden, ich hätte geäußert, wir hätten den Zolltarif allein gemacht. Das ist natürlich ein Unfimm. Der Zolltarif konnte nur zu stande kommen, wenn die vier Parteien sich einigten. Wenn eine dieser vier Parteien nicht mitmachte, war der Zolltarif gescheitert. Wir konnten die Verantwortung des Scheiterns nicht übernehmen. Es ist eine Fabel, wenn man behauptet, der Zolltarif sei nicht gründlich erörtert worden. In 112 Kommissionssitzungen und in zweimonatlichen Beratungen im Reichstage ist über den Zolltarif alles, was notwendig war, gesagt worden. Nachdem die Einigung gefunden war, mußten wir auch den Weg gehen, der zum Ziel führte. Es wäre ein Mangel an Mut und Verantwortungsgefühl gewesen, wenn wir uns Dem entzogen hätten. Den Vorwurf, gegen die Grundsätze des Liberalismus gehandelt zu haben,

weist Redner entschieden zurück. Die Fraktion habe gegen den Terrorismus gekämpft und für das Grundprinzip des Parlamentarismus, für die Anerkennung des Mehrheitsprinzips. Man spricht immer von einem Kartell. Wo ist ein solches abgeschlossen worden? Weder das Zentrum, noch die Konservativen, noch die Nationalliberalen haben die Grundlinien ihrer inneren Politik verändert. Vereinigungen verschiedener Parteien zur Erreichung eines großen Zieles haben bei den verschiedensten Gelegenheiten stattgefunden. Das Bürgerliche Gesetzbuch, die Militärstrafprozedur, die letzten Flotten- und Heeresvermehrungen sind durch das Zusammenarbeiten der vier Parteien im Reichstage zu Stande gekommen, wie dies auch bezüglich des Zolltarifs der Fall war. Vielleicht können schon die kommenden Handelsverträge eine veränderte Kartellstellung bringen! Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat herbe Kritik in eigenen Lager gefunden, aber trotz mancher Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiete dieser wirtschaftlichen Frage hat die Partei seit zusammengehalten und zahllose Zustimmungserklärungen haben unseren Standpunkt gebilligt. Die nationalliberale Fraktion stand in innerer Freundschaft zusammen und war in dem schweren Kampfe gegen die Sozialdemokratie von der Notwendigkeit des Sieges erfüllt. Gegenüber den schweren Krisen, welche die nationalliberale Partei bei den früheren Zolltarifverhandlungen im Jahre 1879 durchgemacht hat und die zur Sezession geführt haben, fallen die Meinungsverschiedenheiten der letzten Zeit nicht ins Gewicht. Man kann die feste Zuversicht hegen, daß die Handelsverträge noch in diesem Reichstage vorgelegt werden; vielleicht ist die Hoffnung, daß dazu auch der russische Handelsvertrag gehöre, nicht unbegründet. Die Diätenlosigkeit kann nicht aufrecht erhalten werden. Die Sozialdemokratie, die ihrerseits Diäten zahlt, ist im Vorteil. Es ist dringend notwendig, daß der Reichstanzler dafür sorgt, daß baldigst eine Vorlage wegen Einführung der Diäten an den Reichstag gelangt. Man spricht von einer Gefährdung des Reichstagswahlrechts. Das ist ein alter Lebenshüter, der vor jeder Neuwahl auf der Bildfläche erscheint. Oder sollte die Sozialdemokratie ein schlechtes Gewissen haben? Sollte sie einsehen, daß sie durch ihr Verhalten die Grundlagen unseres Verfassungslebens gefährdet? Wir werden an dem jetzigen Wahlrecht festhalten, obgleich es der Entwicklung des Liberalismus nicht günstig war. Die Herren Barth und Genossen predigen für die künftigen Wahlen das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten. Das ist eine naive Politik. Das Bürgertum wird dieser Parole nicht folgen. Dazu kommt die vaterlandslose Haltung der Sozialdemokratie in allen Fragen der auswärtigen Politik und die Tatsache, daß die ganze Vernünftige Richtung sich dem Radikalismus in der Sozialdemokratie unterworfen hat. Alle diese Dinge sind für das Bürgertum nicht verlockend. Eins hat das Bürgertum gelernt: daß es ohne Polizeigewalt auskommt und daß zur Vereinerung der Sozialdemokratie nur die Einigkeit des Bürgerturns notwendig ist. Deshalb ist auch die Furcht vor den Wahlen nicht berechtigt. Das Bürgertum hat seine Macht kennen gelernt. Zu dem Sieg über die Sozialdemokratie ist kein Kartell notwendig. Die Erkenntnis, daß bei den Stichwahlen derjenige, der im Kampfe gegen die Sozialdemokratie steht, unterstützt werden muß, einerlei, welcher Partei er angehört, ist heute schon Gemeingut geworden. Wir sind und bleiben eine liberale Partei und werden nie vergessen, daß über den wirtschaftlichen Fragen die idealen Güter stehen: Freiheit des Geistes, der Wissenschaft, der Kunst und des Gewissens. Wir werden ferner trotz der sozialdemokratischen Begeisterung die Sozialreform pflegen und sie weiter kräftig fördern. Es waren ernste Tage im deutschen Parlament und die Bewegung zittert heute noch überall nach. Wir haben Sühnungen erlebt und Beschimpfungen erfahren, welche die Schamröte in die Wangen trieben, aber schließlich war es ein großer Erfolg. Das Niemerk des Zolltarifs ist geborgen, neue Grundlagen für unser Wirtschaftsleben und die kommenden Handelsverträge die Milderung des Vertrauens in das Erwerbsleben, so daß eine neue Welle der Industrie zu erhoffen steht und gleichzeitiger Schaffung besserer Verhältnisse für die Landwirtschaft. Gegenüber der sozialdemokratischen Gewalt hat das Bürgertum seine Reihen geschlossen. Von den 12 Doktrinären der freisinnigen Vereinigung abgesehen, haben die sämtlichen bürgerlichen Parteien gegen die Obstruktion ihr Verdict abgegeben: Das ist die große und bleibende Bedeutung dieser Tage, die in der Geschichte des deutschen Parlaments unvergesslich bleiben werden. Die nationalliberale Fraktion hat nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Wir haben die Ueberzeugung und sind stolz darauf, in schwerer Zeit, unbeirrt der heftigsten Angriffe, den richtigen Weg gegangen zu sein zum Heile des Vaterlandes.

**See- und Marine.**

**Ueber den Stand der französischen Marine**

im angebrochenen Jahre bringt der „Moniteur de la flotte“ eine eingehende Betrachtung, der folgende Stellen zu entnehmen sind: „Die Fortführung des Flottenprogramms von 1900 bedeutet eine endgültige Niederlage ihrer Widersacher. Man kann bedauern, daß ihnen selbst eine teilweise Genugtuung verweigert wurde, besonders die der Verminderung der Panzerung der 15000-Tonnen-Fahrzeuge unter dem Wasserpiegel, durch die ihre offensiven Fähigkeiten beträchtlich gesteigert worden wären. Trotzdem sind die Panzerschiffe sehr mächtig, und wenn sie auch nicht merktlich besser sind, als die der gleichklassigen Fahrzeuge der anderen Marinen, so sind sie doch wenigstens ebenso gut. Bei ihnen hat man auf die kleinen Kaliber mittlerer Artillerie verzichtet und auf eine gute Deckung geachtet; diese schon bei dem „Suffren“ durchgeführten Verbesserungen hätten eine wesentliche Förderung durch die Ersetzung der 16-Zoll durch 19-Zentimeter-Geschütze erfahren; man würde so den fremden Marinen einen bedeutenden Vorsprung abgehandelt haben. Aber der Schnellschußmechanismus der 19-Zentimeter-Geschütze läßt noch manches zu wünschen übrig. Wir werden 1903 nur elf Panzerschiffe erster Ordnung besitzen. Unter solchen Umständen ist kaum daran zu denken, ein modernes Geschwader an unseren Küsten des Mittelmeeres und des Atlantischen Ozeans zu bilden. Es ist durchaus logisch, diese mächtigen Fahrzeuge für das Mittelmeer zu reservieren, wo sie die größten Dienste erweisen können. Da das Konzentrierungsgeß für die Schwächeren besonders gebietend ist, scheint die Abwendung von zwei oder drei modernen Panzerschiffen nach dem Norden merktlich unzureichend für die sofortige Aktion bestimmten Kräfte im Mittelmeer schwächen zu müssen, ohne deshalb das Nordgeschwader in den Stand zu versetzen, sich mit einem modernen Geschwader messen zu können. Trotzdem ist es unumgänglich, dem wahrhaft gefährlichen Schwächheitszustand unseres Westgeschwaders abzuhelfen, von dem eine Division, die der Küstverteidigungsfahrzeuge, fast die schlechteste ist, die wir überhaupt besitzen. — Was man auch zur Lösung dieser Schwierigkeiten erinnen und vorschlagen mag, an der Tatsache, daß wir nur elf Panzerschiffe erster Ordnung den sechsunddreißig englischen entgegen zu stellen haben, läßt sich nun einmal nichts ändern. Die Verwendung der Kreuzer gibt zu ernstlichen Betrachtungen Veranlassung. Die Bilanz unserer Geschwader läßt sich leicht aufstellen: ein Panzerkreuzer für jedes von ihnen, der „Dupuy-de-Lôme“ mit 20 und

der „Bothuan“ mit 19 und drei leichte Kreuzer mit 19 Knoten Fahrgewindigkeit. Dem die Klasse „Brui“, „Changy“, „La-touche-Créville“ ist für den großen Clairendienst durchaus unverwendbar; für diesen fehlt ihnen die unerläßliche Schnelligkeit. Die Erkundigungs- und Aufklärungsmittel sind also völlig unzureichend, besonders für das Mittelmeergebiet, das im Kriegsfalle sofort die Offensive ergreifen müßte. Andererseits werden die Neubauten uns auf eine beträchtliche Frist hinaus nur große Panzerkreuzer liefern, die für die entfernten Stationen bestimmt sind. Die Schaffung starker offener Divisionen in der Ferne ist ja an sich eine gute Sache und dürfte im Kriegsfalle sehr bedeutende Ergebnisse liefern; man muß indessen darauf aufmerksam machen, daß diese Ergebnisse immerhin nicht die Bedeutung haben können, wie die, die von den Liniengeschwadern erzielt werden. Wie weit darf man nun diese ohne Kreuzer lassen, wie das augenblicklich der Fall ist? Ein Geschwader ohne Claireurs ist eine blinde Kraft, der es völlig versagt ist, einen festen Plan zu verfolgen, und die von vornherein sich in die Pläne fügen muß, die ein in dieser Hinsicht besser ausgerüsteter Feind ihr aufzwingt. Vielleicht ist es unfererzeit überlegt gewesen, unsere neuen Fahrzeuge in entfernte Meere zu senden und besonders in Ostanien die fürchtbare russisch-französische Konzentrierung herzuhalten, über die sich viel sagen läßt. Unsere Hauptinteressen liegen im Mittelmeere, das darf man nie aus den Augen lassen.“

**Großherzogtum Baden.**

Karlsruhe, 8. Januar.

Heute vormittag halb 11 Uhr empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Oberstleutnant von Ofenhardt-Berthold, welcher über seine Mission nach Mannheim zur Besichtigung der dort verstorbenen Geheimen Kommerzrätin Diffens Bericht erstattete. Von 11 Uhr an nahm Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Ministers Dr. Schenkel entgegen. Danach meldeten sich von 11 Uhr an die nachverzeichneten Offiziere und Beamten: Oberstleutnant von Steuben, Chef des Generalstabes des VIII. Armeekorps, Major Freiherr von der Osten, genannt Saden, von 2. Badi-schen Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm I. Nr. 110, bisher Kompagniechef im Füsilier-Regiment von Gersdorff (Kurfürstlichen) Nr. 80, Geheimen Baurat Ralkhoff von der Intendantur des XIV. Armeekorps, Hauptmann Freiherr von Knießdt vom 3. Badi-schen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 50, Assistenzarzt Ramm vom gleichen Regiment, sowie Hofjunkfer Freiherr Rüdiger von Colberg-Bödigheim.

Im Laufe des Nachmittags und Abends hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb. Heute abend besuchten die Höchsten Herrschaften das Groß. Hoftheater.

\* Bei der Landesversicherungsanstalt Karlsruhe sind im Monat Dezember 1902 414 Rentengesuche (32 Alters- und 382 Invaliden- bzw. Krankenrentengesuche) eingereicht und 375 Renten (25 + 327 + 23) bewilligt worden. Es wurden 50 Gesuche (2 + 48) abgelehnt, 316 (18 + 298) blieben unerledigt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren 5 Invalidenrenten zuerkannt. Bis Ende Dezember 1902 sind im ganzen 36102 Renten (8634 Alters-, 26865 Invaliden- und 603 Krankenrenten) bewilligt bzw. zuerkannt worden. Davon kamen wieder in Wegfall: 16177 (1974 + 10753 + 450), so daß auf 1. Januar 1903: 19925 Rentenempfänger vorhanden sind. (3660 Alters-, 16712 Invaliden- und 153 Krankenrentner.) Verglichen mit dem 1. Dezember 1902 hat sich die Zahl der Rentenempfänger vermindert um 55 (- 55 Alters-, + 110 Invaliden- und + 3 Krankenrentner). Die Rentenempfänger betragen im Gesamtschichtentrage von 2729723 M. 30 Pf. (mehr seit 1. Dezember 1902 11576 M. 31 Pf.). Der Jahresbetrag für die im Monat Dezember bewilligten 25 Altersrenten berechnet sich auf 3916 M. 20 Pf., für 332 Invalidenrenten auf 50990 M. 40 Pf., und für 23 Krankenrenten auf 3510 M. 40 Pf., somit Durchschnitt für eine Altersrente 156 M. 65 Pf., für eine Invalidenrente 153 M. 59 Pf., für eine Krankenrente 175 M. 52 Pf. Für sämtliche bis 1. Januar 1903 bewilligten Renten betrug der durchschnittliche Jahresbetrag einer Altersrente 133 M. 82 Pf., einer Invalidenrente 134 M. 53 Pf., einer Krankenrente 150 M. 13 Pf. Beitragserstattungen wurden im Monat Dezember 1902 angewiesen: infolge Heirat weiblicher Versicherter in 424 Fällen 16031 M., infolge Todes versicherter Personen in 5 Fällen 3410 M., infolge Unfalles versicherter Personen in 2 Fällen 101 M.

\* (Personalveränderungen im Ober-Postdirektionsbezirk Konstanz.) Versetzt ist der Postassistent Gutermann von Sagen nach Konstanz.

In den Ruhestand tritt die Telegraphengehilfin Fiedler in Konstanz.

† Gestorben ist der Ober-Postassistent a. D. Fürst in Balingen.

† Die Großh. Galericidirektion dahier teilt uns zur Mitteilung mit, daß die Großh. Kunsthalle, wie auch bisher, außer Sonntags, Mittwochs (und im Sommer auch freitags) für Fremde und Einheimische, die dieselbe zu besichtigen wünschen und an jenen Tagen daran verhindert sind, auch an den übrigen Wochentagen — auf Ansuchen am Hauptportal — zugänglich ist und daß ferner, bezüglich der Gabe eines sogenannten Trinkgeldes an die Galericiedienerschaft, die Abgabe von Garderobescheinen, keinerlei Zwang besteht. — Das mit der Gemäldergalerie verbundene Großh. Kupferstichkabinet ist schließlich jeweils Donnerstags von 10 bis 1 Uhr geöffnet.

— (Großherzogliches Hoftheater.) In der Dienstag-Aufführung von Meyerbeer's großer Oper „Die Hugenotten“ konnte unsere Kolateralfängerin Fräulein Luise Angerer erstmals wieder in der Rolle der Margarete von Valois erscheinen, nachdem sie ihrer Wirksamkeit in unserm Ensemble durch anhaltende Krankheit längere Zeit entzogen gewesen. Die Partie liegt der Sängerin sehr günstig, und die große Antrittsszene im zweiten Akt, welche, wie kaum eine andere, förmlich gepfeift mit allen erdenklichen Reizen des kolorierten Gesanges, gab die beste Gelegenheit, die glänzende Begabung der Dame für ihr in der Welt gebührendes allerdings eng begrenztes Fach zu zeigen. Auch im Spiel gab sie sich sehr angenehm, liebendwürdig und gravis. Für Herrn Pauli, welcher seine Darstellung des Raoul wegen Erkrankung hatte abgeben müssen, war Herr Dr. Hans Copony vom Stadttheater in Freiburg eingetreten. Die Gesamtleitung des Gastes machte trotz unträglicher Anfängerschaft einen sympathischen Eindruck. Vor allem stehen ihm ganz vorzügliche,

kräftige und gesunde stimmliche Mittel zu Gebot, welchen eine warme Klangfarbe zu eigen, und auch in bemächtigter Schulung geformt zu sein vollen Beweis geben. Auch die Art und Weise des musikalischen Vortrags verrät guten Geschmack und richtige Auffassung. Da die übrige Besetzung in dieser Saison schon besprochen wurde, dürfen wir umgeben, nochmals darauf zurück-zukommen.

— (Konzert Wällner.) Das gestern abend im großen Museumsaal veranstaltete II. Künstlerkonzert des Herrn Hans Schmidt brachte uns einen Wiederbesuch des Herrn Dr. Ludwig Wällner, dessen Vortragskunst uns schon in einem Konjerte voriger Saison entzückt hat und mit einem eleganten Bericht an dieser Stelle bedacht wurde. Wällner's feines, geklärtes Verständnis für den geistigen Gehalt des zur Interpretation erwählten Stoffes, sein scharf ausgeprägtes Charakterisierungs-talent, welchem, unterstützt durch eine bewundernswürdige Vollendung der Sprachtechnik, alle Phasen der menschlichen Empfindung zu bezwingenden Ausdruck zu Gebote stehen, lassen seine Kunst als eine hervorragende erscheinen, ein Stück Seelenleben voll kräftig sprossender Poesie, dabei voll unbedingter Wahrhaftigkeit. Bei der großen Auswahl seiner Vortragsordnung hatte der Künstler bei deren Zusammenstellung durch geschmackvolle Mischung der heiteren und ernsten Gattung eine stetig anregende Abwechslung geschaffen; seinem feinen Takt- und Stilgefühl verdanken wir die Vermittlung nur der edelsten Stellen aus dem Gebiete der deutschen Liederkomposition, darunter Franz Schubert, Hugo Wolf und Richard Strauß, die mit ihren glänzendsten Spenden vertreten waren. Sämtliche Darbietungen, davon jede einzelne ein Kabinetsstück an Vortragskunst, wurden vom zahlreich erschienenen Hörerkreis mit warmem Dank gewürdigt. Karl Frieberg aus Frankfurt a. M. begleitete musikalisch.

(Das Thomae-Weihnachtsfestspiel), das schon in anderen Städten, wie Mannheim und Heidelberg, mit großem Erfolg gegeben wurde, wird am 9., 10. und 12. Januar in der hiesigen Christ-Sträße aufgeführt werden. Das Stück gibt ein wahrheitsgetreues Bild der religiösen, wirtschaftlichen und sozialen Lage zur Zeit der Geburt Christi und schließt sich im übrigen eng an die Erzählung der Evangelien an. Die Rollen werden durchweg von bewährten Dilettanten gespielt. Herr Hof-schauspieler Perz hat die Einstudierung und Leitung übernommen. Der Reinertrag der Aufführung ist für einen kirchlich wohlthätigen Zweck bestimmt.

— (Kaufmännischer Verein Karlsruhe.) Der gestrige Vortrag des Herrn Geh. Hofrat Professor Dr. F. Hode-Heidelberg über „Konjunkturentwicklung und das Genre“ war, bei rather hoher Gedankentiefe, in der Form ein vollendetes Kunstwerk, das schon als solches den zahlreichen Hörern einen unmittelbaren ästhetischen Genuß vermittelte. Der berühmte Lehrer der Kunstgeschichte der Heidelberger Universität hat sich gestern die schwierige Aufgabe gestellt, im Anschluß an einen früheren Vortrag im kaufmännischen Verein über „Deutsches Genre“ die Kunstentwicklung im allgemeinen unter dem zwingenden Einfluß des Genies, zu behandeln. Beginnend mit einer eingehenden Begriffsbestimmung des Genies führte Professor Hode mit seiner glänzenden fesselnden Rednergabe aus, wie das Genie in Selbstentäußerung in der Kraft des Schauspiels durch meta-physikalische Verbindung mit dem Fühlen des Volkes, dessen unklar empfundene Ideale, erkennt und in seinem Schaffen zum Ausdruck bringt. Dieses Schaffen des Kunstgenies bildet dann die Wellenberge in der in Wellenbewegung fortschreitenden Kunst-entwicklung. Bei strenger Festhaltung des systematisch behandelten Gedankenganges des Themas, war der Vortrag belebt durch geistvolle Betrachtungen über die sich erhaltenden Beziehungen zwischen der bildenden Kunst, der Dichtkunst und der Musik. Der Redner schloß unter vielem Beifall mit den, dem Vortragsthema entsprechend verallgemeinerten Worten Wagners: „Gret Gure Meister — dann kommt Ihre gute Meister.“ Durch den Besuch der Großherzoglichen Herrschaften wurde dem Vortragenden und dem Verein eine besondere Ehreung zu teil. Auser Ihren Kgl. Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin waren Ihre Kgl. Hoheiten der Erbprinzessin von Schweden und Norwegen, Ihre Großh. Hoheiten die Fürsten zu Lippe und Prinz Maximilian nebst Hof-staatsminister Gemahlin Ihrer Kgl. Hoheit der Prinzessin Marie Luise erschienen. Die Höchsten Herrschaften verweilten nach Schluß des Vortrages noch längere Zeit im Saale und getauelten Herrn Professor Hode sowie andere der anwesenden Herren durch huldvolle Ansprachen aus.

— (Aus dem Polizeibericht.) Am 21. v. M. Nachts erhielt ein Tagelöhner nach kurzem Wortwechsel mit einem Unbekannten in der Küppurrerstraße mit einem Taschmesser einen 10 cm tiefen Stich in die linke Hüfte, infolge dessen er Aufnahme im Städtischen Krankenhaus suchen mußte. Inzwischen wurde der Täter in der Person eines aus Roth gebürtigen Rangierers ermittelt und zur Anzeige gebracht. — Am 3. d. wurde in der Kaiserhalle ein Mord an der mittels Nachschlüssel geöffnet und einem Dienstmädchen 1 M. 70 Pf. gestohlen. — In der Volks-lesehalle entwanderte ein Unbekannter am 5. d. M. Abends einen Ueberzieher und einen Festhut im Gesamtwerte von 58 M.

\* Mannheim, 7. Jan. Wie tief Mannheims Bürgerlichkeit den frühen Heimgang Diffsens empfindet, lehrt die überaus starke Teilnahme an der heute nachmittags erfolgten Begräbnisfeier. Den Trauerzug eröffnete die hiesige Grenadierkapelle im Uniform, dann kam der Militärverein. Hinter dem Leichwagen schritten die nächsten Angehörigen des Verstorbenen. Darauf folgten der Vertreter des Großherzoglichen Hauses, Oberstleutnant von Ofenhardt-Berthold, der Ordonoisoffizier des Prinzen Karl von Baden, Rittermeister v. Fricking, die Minister Buchenberger und Dr. Schenkel, Minister a. D. Eifenlocher und Geheimrat Eifenlocher, sodann eine Anzahl Mitglieder der Ersten und Zweiten badi-schen Kammer, die Vertreter aller staatlichen Behörden in Mannheim. Die Stadt war durch die Bürgermeister vertreten. Das hiesige Grenadierregiment hatte als Vertreter Herr Major Mittelstädt und den Regimentsadjutanten entsandt, vom Bezirkskommando war Herr Hauptmann v. Drigalski erschienen, weiter befand sich Herr Gendarmeriebezirks-kommandant Major Grabert in dem Trauerzuge. Die Begräbnisrede hielt Herr Stadtpfarrer Ahles, welcher derselben das Bibelwort aus dem Evangelium Lucas Kap. 12, Vers 48, zugrunde legte: „Wem viel gegeben ist, bei dem wird auch viel gefordert, wem viel aufgetragen ist, von dem wird auch viel fordert.“ Als Vertreter des badi-schen Staatsministeriums legte sodann Se. Erz. Herr Minister Dr. Schenkel mit folgenden Worten einen Kranz nieder:

„Namens der Mitglieder des badi-schen Staatsministeriums lege ich hier diesen Kranz an Grabe des Entschlafenen nieder. Der Heimgegangene stand in erster Reihe derjenigen Männer, die den Leitern des Staates auf Grund der aus dem wirtschaftlichen Leben herausgeschöpften umfassenden Erfahrungen mit ihrem fruchtbringenden Räte zur Seite stehen. Ein Menschalter lang Mitglied der Handelskammer Mannheim, 20 Jahre lang Präsident dieser Handelskammer, hatte er nicht bloß sehr wesentlich dazu beigetragen, die Blüte der badi-schen Handels- und Industrietropole zu fördern, nein, weit darüber hinaus gegenüber der Reaktion durch seinen Rat und seine Beihilfe stets als zuverlässiger Kenner der allgemeinen Fragen des wirtschaftlichen Lebens sich als treuer Ratgeber bewährt. Ebenso große Verdienste hat er sich erworben, als er in drangvoller Zeit die Mitgliedschaft des Reichstages übernahm. Ein Wen-

schon lange hat er der badischen Ersten Kammer angehört und sich dort Verdienste erworben, für die ihn Seine Königl. Hoheit der Großherzog durch Ernennung zum Vizepräsidenten besonders ausgezeichnet hat. Die Macht seiner rastlosen Arbeitskraft, seiner unermüdeten Tätigkeit, seine reichen Erfahrungen, sein scharfer Blick für das Wesentliche machten ihn zu einem überaus nützlichen Mitglied des Staats- und der Selbstverwaltung. Und er war zu solchem Wirken im öffentlichen Leben ganz besonders berufen durch persönliche Eigenschaften, die ihn als Mensch zierten, seine große Lebenswürdigkeit, seine Hilfsbereitschaft, sein Entgegenkommen — trotz aller Ueberzeugungsreue gegenüber fremden Anschauungen, alles Eigenschaften, die ihn selbst als Vertreter der Regierung und als Kollege in der Ersten Kammer in reichem Maße an ihm schätzen gelernt habe. Mit Kommerzrat Dissen ist ein edler Mensch, ein ausgezeichneter Bürger dahingefahren. Seine Verdienste werden fort-dauern und sein Andenken wird in uns gefestigt sein.

**o. c. Wiesloch, 7. Jan.** Auf dem Grundstück des Pfäfers Wengsdorf bei der Sandgrube sind dieser Tage eine Reihe alte römischer Funde gemacht worden. Man stieß beim Sandgraben zunächst auf eine Anzahl Skelette, sechs an der Zahl, bei denen der Kopf jedesmal mit einem Stein bedeckt war. Auch fand man Spuren von Feuerbestattung. Vor einiger Zeit war hier eine römische Münze mit dem Bildnis der Gattin des römischen Kaisers Antoninus Pius, Faustina, der 138 bis 161 nach Chr. regierte, gefunden worden. Herr Professor W. Fass-Heidelberg leitet die weiteren Nachforschungen. Alles deutet darauf hin, daß der Platz an der Wieslocher Sandgrube eine uralte Begräbnisstätte gebildet hat.

**Waden, 7. Jan.** In dem am Freitag, den 9. Januar stattfindenden fünften Abonnementkonzert des Städtischen Musikvereins werden die Konzertmeisterin Frau Clara Keller aus Berlin und der königlich-kameralische Violinvirtuose Herr Karl Fleck aus Budapest als Solisten mitwirken.

**o. c. Wernau, 7. Jan.** Unter großer Teilnahme der Bevölkerung wurden gestern Nachmittag die sterblichen Ueberreste des auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Herrn Bürgermeisters Vott zur Erde beigesetzt. Die Großherzogliche Regierung hat in der Person des Herrn Landeskommisars Braun einen Vertreter geschickt. Nach Beendigung der kirchlichen Cerimonie sprach Herr Bürgermeister Oberfell namens der Stadtbewohner warme Worte der Anerkennung über die Tätigkeit des Dahingeschiedenen. Herr Prälat Dr. Vender hielt einen rühmenden Nachruf namens der Kreisverammlung Waden. Der hiesige Vorstandsverein widmete durch Herrn Hund gleichfalls Kranz und warme Abschiedsworte, desgleichen ein Delegierter des Verbandes badischer Darlehensvereine. Ein Trauerchoral der Stadtmusik beendete die erste Trauerfeier. — Wie die „Mittelbad. Nachr.“ hören, wurde der unglückliche Vater Friedrich Vott gestern Abend in die Heilanstalt Illenaub verbracht. Das Befinden des verwundeten Dienstmädchens, das aus Neusatz gebürtig ist, ist ein befriedigendes.

**Keine Nachrichten aus Waden.** Die Entgehungen von Neujahrsgratulationen hat in Mannheim in diesem Jahre den Betrag von 2291 M. 50 Pf. ergeben. — Der durch das Brandunglück in Guntzen verursachte Schaden beträgt 17—18000 Mark. Man vermutet Brandstiftung. — Bei einer Theaterprobe des Provinzialvereins im Vereinshaus in Wühl sollte der Sohn des Bahnhofs-Doll mit einem Gewehr schießen. In der Meinung, dasselbe sei ungeladen, drückte Doll auf den Abzug und, welcher alsbald, tödtlich in den Unterleib getroffen, zusammensank. Doll wurde in das Spital verbracht. — Die Bevölkerung Offenburgs betrug am 1. Januar 1902 15648 Personen, am 1. Januar 1903 15871 Personen. — Der Amtsvorsteher des Postamts in Zell, Herr Postverwalter Emil Rubin, feierte gestern sein 30jähriges Dienstjubiläum. — In Wörzach verunglückte durch Spielen mit einem Leuchter ein 12jähriger Knabe, indem die Waffe sich entlud und die Kugel dem Knaben in den Unterleib ging. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus überführt.

### Das Befinden des Königs von Sachsen.

(Telegramm.)

**Dresden, 8. Jan.** Die Besserung im Befinden Seiner Majestät des Königs macht weitere Fortschritte. Der Katarth ist weniger lästig.

### Die Zuderkonvention.

(Telegramm.)

**Haag, 7. Jan.** In schriftlicher Beantwortung mehrerer Bemerkungen der ersten Kammer zur Brüsseler Zuderkonvention, erklärt die Regierung, die Differenzpunkte seien für die Niederlande nicht bedeutsam genug, um den ersten Schritt zur Vertagung des Inkrafttretens der Konvention zu tun. Der Streitpunkt bezüglich der mit Selbstverwaltung ausgestatteten englischen Kolonien könne nicht vor der Ratifikation der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz geregelt werden. Die Niederländische Regierung sei im Einverständnis mit der deutschen und der österreichischen Regierung und einigen Mitgliedern des englischen Parlaments der Ansicht, daß sich England nicht der Verpflichtung entziehen könne, von seinen Prämien zahlenden Kolonien den Ausgleich zu erheben, aber das Interesse der Niederlande sei hierbei so gering, daß diese nicht die Initiative ergreifen könnten, um vielleicht im letzten Augenblick die unter so großen Schwierigkeiten zu Stande gekommene Konvention zum Scheitern zu bringen. Die Absicht der Regierung, die gesetzliche Möglichkeit zur Einführung einer Zuckergesteuer je nach den Umständen zu fordern, schließt durchaus nicht die Absicht zu der direkten Einführung einer solchen Zuckergesteuer in sich. Die Regierung wolle nur eine Waffe haben, um im gegebenen Falle der Industrie helfen zu können.

### Der Konflikt mit Venezuela

(Telegramme.)

**Paris, 8. Jan.** Die hiesige Ausgabe des „New-York Herald“ veröffentlicht eine Depesche des venezolanischen Insurgentenführers Matos in der es heißt: Das Unglück Venezuelas muß Castro zugeschrieben werden, welcher ein Mann ohne Moral und ohne Verwaltungsfähigkeit ist. Er hat alle, die er für seine Gegner hielt, unaufhörlich verfolgt, Soldaten, Kaufleute und Bauern in ungeduldet Gefängnisse geworfen. Zwei Jahre hindurch wurden die Arbeiter ihre Häuser, den Fischern ihre Boote verbrannt. Städte, deren ganzes Verbrechen darin bestand, daß sie von den revolutionären Truppen besetzt worden waren, wurden gebrandschatzt und bombardiert. Die so willkürlichen Maßnahmen, die Castro gegen die Fremden traf, haben die gemeinsame Aktion der europäischen Mächte veranlaßt. Sobald Castro gestürzt sein wird, wird

Venezuela seine Ruhe und seinen Kredit wieder finden. Und ich glaube, die allmächtigen Vereinigten Staaten von Nordamerika werden anstatt ihren Schiedspruch auf die ungenügende moralische Persönlichkeit der Regierung in Caracas zu verweisen, im Gegenteil ihre Intervention für eine Pflicht gegen Amerika und die Menschheit ansehen.

**Washington, 8. Jan.** Die Antworten Deutschlands und Englands an Castro sind hier eingetroffen und Castro übermittelt worden. Beide enthalten dieselben Bedingungen, über die eine Verständigung zu Wege gebracht werden muß, ehe der Fall dem Schiedsgericht unterbreitet wird.

**Washington, 7. Jan.** Die Antwort Italiens auf die Vorschläge Castros ist hier eingegangen. Dem Vornehmen nach ist sie nach denselben Gesichtspunkten abgefaßt, wie die Antwort Deutschlands und Englands und wird, wie letztere, dem amerikanischen Gesandten Bowen zur Uebersichtung an Castro übermittelt werden.

**Caracas, 8. Jan.** Castro empfing heute den amerikanischen Gesandten, Bowen, welcher die Antwort der Mächte auf die Gegenwortschläge Venezuelas überbrachte. Ein Kabinettsrat wurde sofort einberufen. Man erwartet, daß die Antwort auf die Mitteilung der Mächte heute Abend der Regierung der Vereinigten Staaten übermittelt werden wird. Die hiesigen Banken sind darin übereingekommen, der Regierung tägliche Vorschüsse zur Bezahlung der Truppen zu machen.

**London, 8. Jan.** Reuters Bureau meldet aus Caracas aus bester Quelle, daß die Antwort der verbündeten Mächte in venezolanischen Regierungsfreien große Niedererschlagenheit hervorgerufen habe. Ebenso wird aus guter Quelle berichtet, daß der amerikanische Gesandte die Antwort Venezuelas nicht vor morgen erwarde.

**Caracas, 7. Jan.** Die Blockade von Coro ist heute morgen offiziell von dem italienischen Kreuzer „Carlo Alberto“ begonnen worden.

**Caracas, 8. Jan.** Den Regierunstruppen fiel die gesamte für die Aufständischen bestimmte Munition, welche in Coro gelandet wurde, in die Hände.

**La Guaita, 8. Jan.** Das amerikanische Kanonenboot „Marietta“ ist mit großen Postenungen von Guaita hier eingetroffen. Der Kapitän begibt sich nach Caracas zu einer Besprechung mit dem amerikanischen Gesandten Bowen. Fischerboote wurde die Erlaubnis, den Hafen zu verlassen, verweigert, weil sie den Bestimmungen der Blockade zuwider gehandelt haben.

### Orientalisches.

(Telegramme.)

**Peking, 8. Jan.** Sämtliche Gesandten, mit Ausnahme desjenigen der Vereinigten Staaten, unterzeichneten nunmehr die gemeinsame Note, in der China auf die durch das Friedensprotokoll übernommene Pflicht, die Entschädigungszahlung auf der Goldbasis zu leisten, ernstlich hingewiesen wird.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Berlin, 8. Jan.** Seine Majestät der Kaiser reiste heute vormittag nach Hannover ab.

**Berlin, 8. Jan.** Die Berliner Handelskammer wählte für 1903 zum Präsidenten den Geh. Kommerzienrat Herzog, zu Vizepräsidenten den Geh. Kommerzienrat Arnold und den Generalkonful v. Mendelssohn. Die Kammer setzte eine ständige Kommission zur Bearbeitung von Börseangelegenheiten ein.

**Wien, 8. Jan.** Im Nebentempel der Hofburg war gestern unter dem üblichen Cerimonell der Hofball in Anwesenheit des Kaisers, der kaiserlichen Familie, der Hof- und Staatsminister, des Ministers des Außen, u. s. w. Der Kaiser zog die meisten Mitglieder des diplomatischen Korps ins Gespräch.

**Wien, 8. Jan.** Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Salzburg meldet, fand gestern daselbst ein Familienrat statt, an dem außer Mitgliedern des Hauses Toskana Erzherzog Ludwig Viktor als Vertreter des Kaisers teilnahm. Der Familienrat soll beschließen haben, dem früheren Erzherzog Leopold Ferdinand das ganze ihm zustehende Erbe sofort auszugeben und sodann alle Beziehungen abzubrechen.

**Wien, 8. Jan.** Unter Vorhitz Seiner Majestät des Kaisers fand gestern Vormittag in der Hofburg eine längere Beratung über militärische Angelegenheiten statt, an der der Erzherzog Franz Ferdinand, der Chef des Generalstabes, Feldzeugmeister Freiherr v. Beck, der Reichsriegsminister v. Pitreich und der Vorstand des Präsidialbureaus des Kriegsministeriums, Freiherr v. Weigl, teilnahmen.

**Wien, 8. Jan.** Blättermeldungen zufolge wird der Reichsrat am 15. Januar wieder zusammen-treten.

**Rom, 8. Jan.** Seine Majestät der König empfing heute Vormittag den neu ernannten Votschafter Grafen von Monts, der sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

**Madrid, 7. Jan.** Die Leichenfeier für Sagasta fand in Anwesenheit sämtlicher Minister und unter großer Beteiligung der Bevölkerung statt. Die kirchlichen Cerimonien vollzog der Erzbischof von Toledo. Nach der Feierlichkeit wurde der Sarg einhüllen in der Krypta der Nothastrasse beigesetzt.

**Barcelona, 8. Jan.** Der Ausstand der Zubrleute wird immer enger. Die Ausständigen begehen Gewalttaten und versuchen den Ausstand zu einem allgemeinen zu machen. Die Polizei beschützt die Freiheit der Arbeiter. Es kam zu Zusammenstößen, wobei getödtet wurde. Die Ausständigen haben die Petroleumdepots der Nordbahngesellschaft unter Wasser gesetzt und drohen sich an den auf den verschiedenen Stationen lagernden Waren zu vergreifen. Zwei Dampfbomben sind auf einem Zelle bei der Stadt gefunden worden. Die Entdeckung wird unter den gegenwärtigen Umständen als bedeutung angesehen. Der Gouverneur hat die Zusammenziehung der Bürgergarde angeordnet.

**Selara, 8. Jan.** Die auswärts verbreitete Meldung, Graf Lambsdorff habe während seines Aufenthaltes in Pisch die Chronologie und das Geburtsdatum des Königs zur Sprache gebracht, wird von amtlicher Seite für erfunden erklärt.

**Konstantinopel, 7. Jan.** Die Pforte stellte allen Votschaftern Depeschen des Generalinspektors und der Völs der europäischen Provinzen zu, in denen gemeldet wird, daß die Behörden eifrig nach allen Uebeltätern suchen. Die meisten seien bereits gefangen worden, die Festnahme der übrigen sei baldigst zu erwarten. Ueberall herrsche Ruhe.

**Washington, 7. Jan.** Der deutsche Votschafter Dr. v. Solleben, der an einem ernsten Influenzafall erkrankt war, suchte einen längeren Urlaub nach.

**Washington, 7. Jan.** Präsident Roosevelt konferierte heute mit dem Sprecher Handerson und dem Mitgliede des Repräsentantenhauses Governon über die gegen die Truffs geplante Gesetzgebung. Es verlautet, der Präsident habe ihnen seinen Wunsch dargelegt, daß in der gegenwärtigen Tagung des Parlaments eine Gesetzgebung eingeleitet werde, die sich mit dieser Angelegenheit befaße. — Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten genehmigte einen günstigen lauten Bericht über den allgemeinen internationalen Schiedsgerichtsvertrag, welcher auf dem jüngsten panamerikanischen Kongress als wünschenswert bezeichnet wurde. Der Vertrag entspricht völlig dem Haager Schiedsgerichtsvertrag, bezieht sich aber nur auf die westliche Halbkugel. — Im Senat brachte Hoar, im Repräsentantenhaus Kittlefield ein Gesetz gegen die Truffs ein.

**Bretoria, 7. Jan.** Auf einem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett hielt Chamberlain eine Rede, in welcher er bemerkte, er und Milner hätten sich über den Plan geeinigt, die Regelung der Entschädigungsansprüche zu beschleunigen.

### Verschiedenes.

**Meiningen, 7. Jan.** Der Herzog ernannte den Musikdirektor Berger in Berlin zum Nachfolger des Musikdirektors Fritz Steinbach, welcher als Nachfolger des Professors Müller nach Wien berufen ist.

**Estrahung i. C., 8. Jan.** Auf dem hiesigen Bahnhof explodirte gestern Abend gegen 6 Uhr 30 Min. ein Gaskeffel in der Fetttankstation, wobei mehrere Arbeiter verletzt wurden. Gegen 6 Uhr 50 Min. waren ein Zoter und vier leicht Verletzte geboren. Es ist noch unbekannt, ob sich noch weitere Personen unter den Trümmern befinden. Die Feuerwehrt ist mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die in der Nähe der Explosionsstelle gelegenen Häuser wurden durch den Luftdruck erschüttert und die Fensterheben zertrümmert.

**Wien, 7. Jan.** Seine Majestät Kaiser Wilhelm hat dem Gardekapitän Herrn v. Bockstollheim, welcher als Komthur des deutschen Ritterordens der Einweihungsfeier der Marienburg im Juni 1902 betrautete, durch den Militärattaché v. Bülow ein prächtvoll ausgestattetes Album mit Ansicht von der Marienburg überreichen lassen.

**Paris, 7. Jan.** Aus Saigon wird gemeldet: Um die unter den Truppen überhand nehmende Trunksucht zu bekämpfen, hat General Coronat befohlen, daß in Zukunft jene Soldaten, welche dreimal wegen Trunkenheit bestraft werden sollten, eine besondere Uniform tragen, durch welche sie als Trunkenbolde gekennzeichnet werden.

**Pittsburg, 7. Jan.** In der Nähe von Duquesne stieß ein Passagierzug mit einem Güterzug zusammen. Nach Berichten von Eisenbahnbeamten wurden 10 Personen getödtet.

**Seattle (Staat Washington), 7. Jan.** Die norwegische Bark „Prince Arthur“ strandete am 2. ds. in der Nähe des Kap Flattery. Ahtzehn Mann der Besatzung sind ertrunken.

### Großherzogliches Hoftheater.

**Im Hoftheater in Karlsruhe.**  
Freitag, 9. Jan. Abt. B. 31. Ab. 8. (Mittelpreise.) „Gänkel und Grotel“, Märchenspiel in 2 Akten (3 Bildern) von Adelheid Wetze, Musik von E. Gumperdinck. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

### Wasserstands-Nachrichten.

Eingelaufen: Donnerstag, den 8. Januar, vormittags.  
Main. Wertheim: gestern vormittag 12 Uhr 387 Centimeter, heute vormittag 9 Uhr 424 Centimeter, gestiegen 37 Centimeter, langsam steigend.

**Wetter am Mittwoch, den 7. Januar 1903.**  
Hamburg, Steinmetzstraße, Neufahrwasser und Meß trüb ohne Regen; Münster nachmittags Regen; Breslau und München ziemlich heiter.

**Wetternachrichten aus dem Süden**  
vom 8. Januar 1903, vormittags.  
Triest dunstig 7°, Nizza heiter 6°, Florenz bedeckt 10°, Rom heiter 6°.

**Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrog.**  
vom 8. Januar 1903.

Mit unermindeter Tiefe ist die Depression, welche gestern über Schottland gelegen war, bis zum südlichen Norwegen weiter gezogen, bis zu den deutschen Küstengebietern herab verurteilt sie unruhiges und regnerisches Wetter. Im Binnenlande dagegen, das am Rande hohen, den Süden Europas bedeckenden Druckes liegt, ist es meist heiter. Die Temperaturen liegen dabei in ganz Deutschland erheblich über dem Gefrierpunkt. Wenig bewölkt und etwas kühleres Wetter ist zu erwarten.

**Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.**

Januar.	Barom. mm.	Therm. in C.	Abf. in mm.	Feuchtg. seit in Proz.	Wind.	Himmel.
7. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	746.5	11.0	5.8	59	SW	heiter
8. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	748.7	9.2	5.9	68	"	bedeckt
8. Mittags. 2 <sup>00</sup> U.	748.3	12.0	6.1	58	"	"

Höchste Temperatur am 7. Januar: 12.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 9.0.

Niederschlagsmenge des 7. Januar: 0.0 mm.

**Wasserstand des Rheins.** Magau, 8. Januar: 5.13 m, gefallen 11 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

**Ball-Seide**  
Seiden-Fabrik Henneberg, Zürich.  
Aktien der Schloßbrauerei Kiel. Wie wir hören, wurde die Subskription auf diese Aktien wegen starker Ueberzeichnung bereits heute vormittag geschlossen.

